

Mehr Zeit für Behandlung

Neuer Maßnahmenkatalog zum Bürokratieabbau

Der Alltag in zahnärztlichen Praxen wird heute in großem Maße von Bürokratielasten und Verwaltungsaufgaben bestimmt. Wertvolle Zeit für die Patientenversorgung geht so verloren. Vor diesem Hintergrund haben die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) ihren Katalog mit Vorschlägen zum Bürokratieabbau in der zahnärztlichen Versorgung überarbeitet und appellieren an die Politik, den Bürokratieaufwand spürbar zu reduzieren.

„Gute Rahmenbedingungen für die Zahnarztpraxen beinhalten auch eine schlanke Bürokratie. Dies ist unerlässlich, um das Netz der freiberuflichen Praxen nachhaltig zu stärken und so die zahnärztlichen Versorgungsstrukturen zukunftsfest zu machen. Denn die überbordende Bürokratie ist ein wesentlicher Grund dafür, dass immer mehr Zahnärztinnen und Zahnärzte überlegen, früher aus der Versorgung auszuscheiden. Gleichzeitig hält sie viele Niederlassungswillige von der Übernahme oder Gründung einer eigenen Praxis ab. Daher braucht es dringend einen politischen Gestaltungswillen für niederlassungsfreundliche Rahmenbedingungen sowie Unterstützung für die Anstrengungen der Selbstverwaltung“, sagt Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstands der KZBV.

„Wenn wir als Zahnärzteschaft von notwendigem Bürokratieabbau sprechen, ist die Botschaft klar: keine Abstriche beim Schutz der Patientinnen und Patienten und unserer Praxisteamer. Keine Abstriche bei der Behandlungsqualität, aber sofortige Streichung von Auflagen, deren Nutzen nicht erkennbar ist und die in unseren Praxen wertvolle Ressourcen binden, die wir für unsere eigentliche Aufgabe benötigen, und zwar Krankheiten vorzubeugen und zu behandeln. Ein besonders gutes Beispiel sinnloser Bürokratie ist die externe Validierung medizinischer Geräte wie bspw. Thermodesinfektoren und Sterilisatoren, die ohnehin bei jeder Charge intern validiert werden. Hier nehmen wir die Politik in die Pflicht und drängen darauf, diese und andere vergleichbar sinnfreie Auflagen durch ein Sofortprogramm zu streichen“, so Dr. Doris Seiz, Vizepräsidentin der Bundeszahnärztekammer.



Dr. Andrea Albert unterstützt als Vizepräsidentin des Verbandes Freier Berufe Bayern e.V. die Forderung nach einem spürbaren Bürokratieabbau und sprach das Thema auch bei einer Veranstaltung mit Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) im Bayerischen Landtag an.

Mit der aktualisierten Fassung des Maßnahmenkataloges „Gemeinsam Bürokratie abbauen!“ unterbreitet die Zahnärzteschaft der Politik konkrete Vorschläge, um umständliche, überflüssige oder unverhältnismäßige Vorgaben abzubauen und die Praxen so gezielt zu entlasten und Bürokratie auch auf Ebene der Selbstverwaltung zu reduzieren. Themenfelder sind unter anderem Regelungen zum Bürokratieabbau in den Bereichen Medizinprodukte und Röntgen, der Abrechnungsprüfung und zum Ausbau der Digitali-

sierung. Ein wesentlicher Baustein für die Erstellung des Maßnahmenkataloges war eine zuvor durchgeführte Onlineumfrage von Zahnärztinnen und Zahnärzten auf Basis ihrer Erfahrungen im Praxisalltag mit besonders belastenden und zeitintensiven Bürokratieaufwänden. Der aktualisierte Maßnahmenkatalog „Gemeinsam Bürokratie abbauen!“ kann auf den Websites von KZBV und BZÄK abgerufen werden.

Leo Hofmeier